

Es wird darauf hingewiesen, dass die unter dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasser veröffentlichten Berichte nicht in jedem Fall die Ansicht des Herausgebers wiedergeben. Die Verantwortung für den Inhalt liegt daher ausschließlich beim Autor.

Die Verwendung dieses Forschungsberichts oder Auszüge hieraus durch Dritte sind nur mit Quellenangabe zulässig.

Schlussbericht
Zusätzliche Unterstützung bei der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP)

Schlussbericht

**„Unterstützung des BMVI bei der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans“
Az. Z30/SeV/288.3/1614/G12**

Schlussbericht
Zusätzliche Unterstützung bei der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP)

Auftraggeber: **Bundesministerium für
Verkehr und digitale Infra-
struktur (BMVI)** Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Bearbeitet durch: **ARGE Bosch Baader GFP**

Bosch & Partner GmbH Lister Damm.1
www.boschpartner.de 50163 Hannover

Leena Jennemann
Stefan Balla

Baader Konzept GmbH Zum Schießwasen 7
www.baaderkonzept.de 91710 Gunzenhausen

Gruppe Freiraumplanung Unter den Eichen 4
www.gruppefreiraumplanung.de 30855 Langenhagen

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund	4
2	Erfassung von eingegangenen Stellungnahmen	6
2.1	Erfassung Schritt 1	6
2.2	Erfassung Schritt 2	6
2.3	Koordinierung der Erfassung von Stellungnahmen	7
3	Fachlich-inhaltliche Prüfung von Stellungnahmen	8
3.1	Relevanzprüfung aller anderen Akteure	8
3.2	Fachlich-inhaltliche Prüfung der Stellungnahmen sog. besonders relevanter Akteure	9
3.3	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung	9
3.4	Schulungen, Einarbeitung und Zwischenabstimmungen	10
3.5	Koordinierung der seitens der ARGE durchgeführten fachlich-inhaltlichen Prüfungen und Abstimmungen mit dem Auftraggeber	10
4	Datenbanksystem BO.PLUS	11
5	Anfrage der EU-Kommission im Zusammenhang mit bei ihr vorgebrachten Beschwerden gegen den BVWP 2030	12
6	Personaleinsatz	13
7	Literatur	15

1 Hintergrund

Im Zuge der Erarbeitung des Entwurfs des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt. Somit waren der Entwurf des BVWP 2030 sowie ein dazugehöriger Umweltbericht der Öffentlichkeit und den Behörden, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich durch den BVWP 2030 berührt wird, im Rahmen eines schriftlichen Beteiligungsverfahrens vorzulegen.

Nach formaler Bekanntgabe der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung wurden der Entwurf des BVWP 2030 und der Umweltbericht vom BMVI am 16.03.2016 veröffentlicht und vom 21.03.–02.05.2016 an 20 Orten in Deutschland zur Einsicht physisch ausgelegt und online über die Internetseite www.bvwp2030.de zur Verfügung gestellt. Während dieser Zeit konnten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger schriftliche Stellungnahmen zum BVWP 2030-Entwurf abgeben. Das BMVI hat den Planentwurf sowie den Umweltbericht auch an die Umwelt- und Verkehrsministerien und Staatskanzleien der Länder zur Stellungnahmen übermittelt. Die Frist zur Stellungnahme war deckungsgleich mit der Dauer der physischen Auslegung.

In dem online-Portal waren die BVWP 2030-Unterlagen einschließlich eines Projektinformationssystems (PRINS) mit weiterführenden Informationen zu den einzelnen Projekten elektronisch ausgelegt bzw. an den physischen Auslegungsorten elektronisch verfügbar gemacht.

Stellungnahmen zum BVWP 2030 konnten entweder auf dem Postweg an das BMVI gesendet oder elektronisch über ein online auf der Internetseite www.bvwp2030.de des BMVI bereitgestelltes Formular abgegeben werden.

Zur Unterstützung des BMVI im Prozess der Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zum BVWP 2030 wurde die ARGE Bosch / Baader / GFP mit eingebunden. Der Auftrag hat an die bereits erbrachten Leistungen im Hinblick auf die Vorbereitung der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum BVWP 2030 im Rahmen des FE-Projekts „Plausibilisierung der Trassierung für den Verkehrsträger Straße und Umweltprüfung auf Einzel- und Gesamtebene für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße“ angeknüpft bzw. darauf aufgebaut, z.B. hinsichtlich des durch den Unterauftragnehmer entera Umweltplanung & IT bereitgestellten, online-basierten Datenbanksystems BO.PLUS für bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der Prüfung von Stellungnahmen oder hinsichtlich der Festlegung von detaillierten Arbeitsabläufen zur Erfassung und fachlich-inhaltlichen Prüfung eingegangener Stellungnahmen.

Die Leistungen im Rahmen des vorliegenden Vorhabens wurden im Wesentlichen im Jahr 2016 erbracht und sind unmittelbar in den weiteren Prozess des Beteiligungsverfahrens bzw.

Schlussbericht
Zusätzliche Unterstützung bei der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP)

in die Aufstellung des BVWP 2030 eingeflossen. Der vorliegende Bericht gibt ergänzend dazu einen abschließenden Überblick zu den erbrachten Leistungen. Insgesamt wurden folgende Leistungen in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber erbracht:

- Durchführung von Schulungen zur Arbeit im online-gestützten Datenbanksystem BO.PLUS sowie von Workflowschulungen;
- Erfassung der postalisch im BMVI eingegangenen Stellungnahmen, u.a. Serienbrieferkennung sowie Digitalisierung und Übertragung von Stellungnahmen in das online-gestützte Datenbanksystem BO.PLUS;
- Koordinierung der Erfassung von Stellungnahmen;
- Fachlich-inhaltliche Prüfung von Stellungnahmen, u.a. Relevanzprüfung und fachlich-inhaltliche Detailprüfung sowie diesbezügliche Unterstützung des BMVI bei der Vorbereitung des Berichts zum Beteiligungsverfahren;
- Prüfung und Ergänzung von Antworten der Bundesregierung auf die Anfrage der EU-Kommission vom April 2017 im Rahmen von bei der EU-Kommission eingegangenen Beschwerden zum BVWP 2030.

2 Erfassung von eingegangenen Stellungnahmen

2.1 Erfassung Schritt 1

Die Erfassung Schritt 1 umfasste die Erfassung postalisch eingegangener Stellungnahmen mit folgenden wesentlichen Teilschritten:

- Prüfung/Verifizierung, dass es sich bei dem Schreiben um eine Stellungnahme zum Entwurf des BVWP 2030 handelt.
- Zuteilung einer individuellen Eingangsnummer über selbst erstellte Barcodes vom Barcodedrucker.
- Prüfung, ob es sich bei der Stellungnahme um einen Serienbrief handelt (Kennzeichnung als Serienbrief) oder ob die Stellungnahme von einem besonders relevanten Akteur stammt (dann gesonderte Ablage und prioritäre Behandlung im Rahmen des weiteren Erfassungs-Ablaufs).
- Erfassung bestimmter Daten (u.a. Eingangsnummer und -datum, Einwendertyp, Name, Anschrift, ggf. Organisation/Unternehmen) in einer Tabelle.
- (Teil-)Anonymisierung der Stellungnahmen (Schwärzung).
- Erstellung schriftlicher Eingangsbestätigungen (automatisierte Erzeugung als Serienbrief auf Grundlage der o.g. Tabelle).
- Export der o.g. Tabelle (auszugsweise, bei Stellungnahmen von Einzelpersonen ohne personenbezogene Daten) in eine csv-Datei und Einlesen der Datei in das Datenbanksystem.

Diese Arbeitsschritte wurden überwiegend von Mitarbeiter*innen des BMVI durchgeführt. ARGE Mitarbeiter*innen waren jedoch eingebunden in die Erstellung von Barcodes für die Zuteilung der individuellen Eingangsnummer, Prüfung inhaltsgleicher Stellungnahmen sowie für das Einlesen von Einwenderdaten in das Datenbanksystem BO.PLUS.

2.2 Erfassung Schritt 2

Die Erfassung Schritt 2 wurde durchgeführt für a) Stellungnahmen von nicht besonders relevanten Akteuren mit relevanten sachdienlichen Hinweisen und b) alle Stellungnahmen von besonders relevanten Akteuren. Die Erfassung umfasste im Wesentlichen folgende Arbeitsschritte:

Schlussbericht

Zusätzliche Unterstützung bei der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP)

- Einscannen (Erzeugung einer pdf-Datei) sowie OCR-Texterkennung (Umwandlung in eine rtf-Datei) von Stellungnahmen, die relevante sachdienliche Hinweise enthalten.
- Bereinigen der OCR-texterkannten Dokumente.
- Hochladen der erzeugten pdf-Dateien in das Datenbanksystem und Copy/Paste des Inhalts aus der gleichnamigen rtf-Datei in das dafür vorgesehene Datenfeld im Datenbanksystem.

Die Erfassungsschritte (Schritt 1 oder Schritt 2) wurden sowohl von ARGE-Mitarbeiter*innen als auch von Mitarbeiter*innen des BMVI durchgeführt.

Die online eingegangenen Stellungnahmen wurden im Anschluss an die Relevanzprüfung aus einem durch das BMVI bzw. dessen mit dem Betrieb der Internetseite des BMVI beauftragten Dienstleister, der Firma Init, bereitgestellten Datenpool über die von entera programmierte Schnittstelle nach BO.PLUS für die weitere Bearbeitung geholt.

2.3 Koordination der Erfassung von Stellungnahmen

Seitens der ARGE wurde die Koordination der Erfassung von Stellungnahmen übernommen. Ziel der Koordination war ein möglichst reibungsloser und insbesondere auch effizienter Arbeitsablauf zur Erfassung der Stellungnahmen durch die hierfür vorgesehenen Personen (Personal der ARGE und des BMVI).

Die Koordination der Erfassung wurde von Frau Leena Jennemann (Bosch & Partner GmbH) und von Frau Kinga Chojnowski (Bosch & Partner GmbH) durchgeführt.

Diese waren neben der Beantwortung von Fragen auch für Schulungen zur Durchführung verschiedener Arbeitsschritte zuständig (z.B. Schulung zur Bereinigung der ORC-Textdateien, Schulung zum Einpflegen von Stellungnahmen in BO.PLUS).

Die Zusammenarbeit der Mitarbeiterinnen des BMVI mit den Koordinatorinnen der ARGE hat reibungslos funktioniert. Insgesamt hat sich ein motiviertes Team aus Mitarbeiter*Innen des BMVI und der ARGE zusammengefunden.

3 Fachlich-inhaltliche Prüfung von Stellungnahmen

3.1 Relevanzprüfung aller anderen Akteure

Die Relevanzprüfung für Stellungnahmen von Akteuren, die seitens des BMVI nicht als „besonders relevant“ eingestuft waren, wurden von Mitarbeiter*Innen der ARGE und auch des BMVI durchgeführt. Die Relevanzprüfung umfasste die Durchsicht der Stellungnahmen auf relevante sachdienliche Hinweise. Diese Prüfung fand nicht im Datenbanksystem BO.PLUS statt, sondern bei postalisch eingegangenen Stellungnahmen in Papierform und bei digital eingegangenen Stellungnahmen online in einem geschützten Bereich auf der Internetseite des BMVI, für den alle Relevanzprüfer ein Passwort erhalten haben.

Stellungnahmen, die relevante sachdienliche Hinweise enthielten, wurden zum Import in das Datenbanksystem weitergegeben.

Die in den in das Datenbanksystem importierten Stellungnahmen enthaltenen relevanten sachdienlichen Hinweise wurden im nächsten Schritt themenbezogen den im Datenbanksystem hinterlegten Themenbereichen zugeordnet.

Im Einzelnen lief diese inhaltliche Zuordnung folgendermaßen ab:

Im Datenbanksystem waren verschiedene Themenbereiche mit einem sogenannten Themenbaum hinterlegt.

Seitens der ARGE-Mitarbeiter*innen wurde für die jeweiligen Stellungnahmen eine themenbezogene Zuordnung der Inhalte zu den im Datenbanksystem hinterlegten Themenbereichen durchgeführt. Dabei wurden die Textpassagen in Argumente „zerteilt“ und anschließend erfolgte die thematische Zuordnung der unterschiedlichen Inhalte der Stellungnahme zu sogenannten Sachargumenten und dazu korrespondierenden Standardantworten.¹

Im Rahmen der themenbezogenen Zuordnung wurden auch die in der Stellungnahme jeweils enthaltenen relevanten sachdienlichen Hinweise (Relevanzprüfung) identifiziert. Dies waren diejenigen Inhalte in einer Stellungnahme, die in jedem Fall einer weiteren detaillierten Prüfung durch einen für den jeweiligen Themenbereich zuständigen Fachexperten bedurften.

Die Bearbeitung erfolgte gemäß der jeweils im Rahmen der Vorbereitung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung definierten und vorgegebenen Arbeitsabläufe. Die Relevanzprüfung der postalischen Stellungnahmen wurde grundsätzlich vor Ort im BMVI Berlin vorge-

¹ Bei den Sachargumenten handelt es sich um in generalisierter Form dargestellte Arten von möglichen Einwendungen, die in den Stellungnahmen zu bestimmten Themenbereichen enthalten sein können.

nommen. Das bedeutet, dass die originalen Papierstellungnahmen bei der Auftragsdatenverarbeitung niemals die Räume des BMVI verlassen haben. Die Relevanzprüfung der digitalen Stellungnahmen wurde ebenfalls vollständig in den Räumen des BMVI vorgenommen. Hingegen war es möglich die weitere Bearbeitung von Stellungnahmen mit relevanten sachdienlichen Hinweisen im Datenbanksystem BO.PLUS jeweils grundsätzlich dezentral bzw. ortsungebunden durchzuführen. Diese Möglichkeit wurde seitens der ARGE auch genutzt.

3.2 Fachlich-inhaltliche Prüfung der Stellungnahmen sog. besonders relevanter Akteure

Bei Stellungnahmen von den sogenannten besonders relevanten Akteuren handelte es sich vor allem um Stellungnahmen von den Ländern bzw. Länderministerien sowie von Verbänden und Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Die relevanten Akteure wurden vorab durch das BMVI genau definiert und den Mitarbeiter*innen der ARGE mitgeteilt.

Die Stellungnahmen der besonders relevanten Akteure wurden im Rahmen der Erfassung direkt in das Datenbanksystem BO.PLUS importiert, so dass die fachlich-inhaltliche Prüfung direkt im Datenbanksystem stattfinden konnte.

Die Bearbeitung erfolgte gemäß der jeweils im Rahmen der Vorbereitung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung definierten und vorgegebenen Arbeitsabläufe. Da die Bearbeitung in BO.PLUS stattfand, konnte sie auch dezentral bzw. ortsungebunden stattfinden. Diese Möglichkeit wurde seitens der ARGE auch genutzt.

3.3 Fachlich-inhaltliche Detailprüfung

Für die Inhalte der Stellungnahmen, die im Rahmen der Prüfschritte gemäß 3.1 und 3.2 im Datenbanksystem als relevante sachdienliche Hinweise identifiziert und den Sachargumenten bzw. den korrespondierenden Standardantworten aus dem Themenbereich der umwelt- und naturschutzfachlichen Beurteilung einschließlich SUP und Umweltbericht themenbezogen zugeordnet wurden, waren fachlich inhaltliche Detailprüfungen erforderlich, insbesondere im Hinblick auf etwaigen sich aus den relevanten sachdienlichen Hinweisen ergebenden Anpassungsbedarf am Entwurf des BVWP 2030. Sofern sich daraus kein Änderungsbedarf ergab, wurden im Rahmen dieses Prüfschritts erforderlichenfalls Vorschläge für eine Anpassung und/oder Ergänzung der Sachargumente bzw. insbesondere der korrespondierenden Standardantworten erstellt, die eine wesentliche Grundlage des BMVI-Berichts zum Beteiligungsverfahren darstellten. Bei etwaigem aus Sicht des Detailprüfers bestehenden Anpassungsbedarfs am Entwurf des BVWP 2030 wurde von diesem jeweils eine Formulierung mit Begründung eines Vorschlags zur Anpassung des BVWP-Entwurfs und/oder des dazugehörigen Umweltberichts erarbeitet und dem BMVI vorgelegt.

Die Bearbeitung erfolgte gemäß der jeweils im Rahmen der Vorbereitung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung definierten und vorgegebenen Arbeitsabläufe. Die fachlich-inhaltliche Detailprüfung erfolgte im Datenbanksystem BO.PLUS und konnte daher grundsätzlich auch dezentral bzw. ortsungebunden erfolgen. Diese Möglichkeit wurde seitens der ARGE ebenfalls genutzt.

3.4 Schulungen, Einarbeitung und Zwischenabstimmungen

Auch für alle fachlich-inhaltlichen Prüfungsschritte wurden zu Beginn der Bearbeitung Schulungen seitens des BMVI und entera durchgeführt. Diese waren erforderlich, um ein einheitliches Verständnis für die Bearbeitung im Team zu erhalten. Die Schulungen umfassten auch die Bereitstellung von Hinweisen und Arbeitshilfen.

Zweifelsfälle wurden im Rahmen der Durchführung des Beteiligungsverfahrens regelmäßig im Team und mit Frau Monse oder Herrn Müller (BMVI) besprochen und exemplarisch entschieden.

3.5 Koordinierung der seitens der ARGE durchgeführten fachlich-inhaltlichen Prüfungen und Abstimmungen mit dem Auftraggeber

Auch die seitens der ARGE durchgeführten fachlich-inhaltlichen Prüfungen von Stellungnahmen wurden von Frau Jennemann und von Frau Chojnowski koordiniert. Dies umfasste die Beantwortung von Fragen, die Einteilung des Personals in verschiedene Arbeitsschritte, die Verwaltung der Stundennachweise der einzelnen Mitarbeiter*innen und die Personaleinsatzplanung. Gleichzeitig standen die Koordinatorinnen für Abstimmungen zwischen dem BMVI und der ARGE zur Verfügung.

4 Datenbanksystem BO.PLUS

Im Zusammenhang mit dem im Rahmen der Vorbereitung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung bereits durch den Unterauftragnehmer entera Umweltplanung & IT bereitgestellten, online-basierten Datenbanksystem BO.PLUS wurden seitens entera weitere Leistungen im Zuge der Durchführung des Beteiligungsverfahrens erbracht. Dies betraf insbesondere die folgenden Punkte:

- Änderungen der Konfiguration oder von Funktionalitäten von BO.PLUS zur Optimierung der Arbeitsabläufe im Zusammenhang mit der Bearbeitung und Prüfung von Stellungnahmen in BO.PLUS;
- Durchführung von Schulungen zur Arbeit mit BO.PLUS;
- Verlängerung der Nutzungsdauer von BO.PLUS;
- Bereitstellung einer sog. „virtuellen Maschine“ der Datenbank BO.PLUS einschließlich der Beteiligungsinhalte, d.h. einer Offline-Version von BO.PLUS, die ein Abbild der Online-Version darstellt, zur Verwendung im internen Netz des BMVI.

5 Anfrage der EU-Kommission im Zusammenhang mit bei ihr vorgebrachten Beschwerden gegen den BVWP 2030

Im April 2017 wurde die ARGE gebeten, zu den Fragen der EU-Kommission, die sie anlässlich von bei ihr vorgebrachten Beschwerden gegen den BVWP 2030 an die Bundesregierung gerichtet hat, Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme der ARGE sowie die Hinweise zum Antwortentwurf des BMVI erstreckten sich auf folgende Einzelfragen:

- 1) Wie ist das Zusammenspiel von BVWP, Ausbaugesetzen und Einzelprojekten und welche projektrelevanten Aspekte werden auf welcher Ebene festgelegt?
- 2) Wie wurden die in Art. 5 Abs. 1 SUP-Richtlinie genannten "vernünftigen" Alternativen im Rahmen der Erstellung des BWVPs ermittelt, beschrieben und bewertet - auf Ebene des Gesamtplans und bezogen auf Einzelprojekte?
- 3) Was sind die Inhalte und die Bedeutung der "FFH-Erheblichkeitseinschätzung" auf Planebene? Was sind die Konsequenzen dieser "FFH-Erheblichkeitseinschätzung" für die FFH-Verträglichkeitsprüfung auf Projektebene?
- 4) Welche Auswirkungen hat die Festlegung von bestimmten Kriterien (wie etwa Straßenklasse und die evtl. daraus resultierende Mindestgeschwindigkeit oder Anzahl der Fahrstreifen für Straßenprojekte) im BVWP auf die anschließenden Planfeststellungsverfahren? Inwieweit wird sichergestellt, dass auf Ebene des BVWP keine Elemente der Prüfung auf Projektebene vorweggenommen und die aus Artikel 2 (1) und Artikel 11 (1) der SUP-Richtlinie und Artikel 6 Abs. 3 und 4 der FFH-Richtlinie (Alternativenprüfung) resultierenden Anforderungen eingehalten werden?

Die Fragen wurden im Rahmen einer Stellungnahme seitens der ARGE beantwortet und vom BMVI für die Erarbeitung der Antworten der Bundesregierung an die EU-Kommission mit verwendet.

6 Personaleinsatz

Insgesamt hat die ARGE Bosch / Baader / GFP die Unterstützung des BMVI im Beteiligungsverfahren zum BVWP 2030 mit einem großen Team umgesetzt. Eingesetzt waren insgesamt 28 Mitarbeiter*innen, die unterschiedliche Aufgaben erfüllt haben. Diese und deren Aufgabenspektrum werden in der folgenden Auflistung benannt:

Mitarbeiter*in	Aufgabenfeld
Bosch & Partner GmbH	
Dr. Stefan Balla	Fachlich-Inhaltliche Detailprüfung, Koordination und (geschäftliche) Abstimmungen mit dem AG
Kinga Chojnowski	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung, fachlich-inhaltliche Detailprüfung, Koordination, Durchführung von Schulungen und Abstimmungen mit dem AG
Sebastian Dijks	Fachlich-inhaltliche Prüfung
Dr. Dieter Günnewig	Fachlich-Inhaltliche Detailprüfung, Abstimmungen mit dem AG und verantwortlicher Geschäftsführer
Dr. Marie Hanusch	Fachlich-inhaltliche Prüfung, fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Daniel Hochgürtel	Fachlich-inhaltliche Prüfung, fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Leena Jennemann	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung, fachlich-inhaltliche Detailprüfung, Koordination, Durchführung von Schulungen und Abstimmungen mit dem AG
Marko Krause	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Bettina Meyer	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Dr. Wolfgang Peters	Personaleinsatz Standort Berlin
Alexandra Rohr	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Mareike Schnorr	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Miron Thylmann	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Monika Sennekamp-Wagner	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Stefan Siegl	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Eva Wagner	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung

Schlussbericht

Zusätzliche Unterstützung bei der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP)

Gruppe Freiraumplanung	
Andrea Bänder	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Grischa Löwe	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung und fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Carsten Schneider	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung, fachlich-inhaltliche Detailprüfung und verantwortlicher Geschäftsführer
Anna Welpelo	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung

Baader Konzept GmbH	
Christiane Bühringer	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Lisa Fenn	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Dr. Markus Gonser	Abstimmungen mit dem AG und verantwortlicher Geschäftsführer
Stefan Meißner	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Larissa Müller	Relevanzprüfung, fachlich-inhaltliche Prüfung
Alexandra Schmidt	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Sandra Schulz-Bernholt	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung
Wieland Steigner	Fachlich-inhaltliche Detailprüfung

Schlussbericht
Zusätzliche Unterstützung bei der Durchführung der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans (BVWP)

7 Literatur

BMVI - Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2016): Bericht zur Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung des BVWP 2030. 111 S. abrufbar online: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/BVWP/finaler-bericht-behoerden-und-oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile